

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 603.323/1-V/5/88

An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	53 - GE 9 88
Datum:	17. SEP. 1988
Verteilt	18. 10. 88 <i>lc</i>

Dr. Baur

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

ROSENMAYR

2822

6.003/13-I 1/88

14. Juni 1988

Betrifft: ABGB;Entwurf eines Bundesgesetzes über die Änderung des
Erbrechtes des unehelichen Kindes und des Ehegatten;
Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Justiz hat mit Schreiben vom
14.06.1988, Zl. 6003/13-I/1/88 den Entwurf eines Bundesgesetzes
über die Änderung des Erbrechts des unehelichen Kindes und des
Ehegatten zur Begutachtung versendet. Das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt in der Anlage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu diesem Entwurf.

10. Oktober 1988
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:





**REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT**

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 603.323/1-V/5/88

Bundesministerium für Justiz

1010 W i e n

DRINGEND

ROSENMAYR

2822

6.003/13-I 1/88
14. Juni 1988

Betrifft: ABGB;

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Änderung des
Erbrechtes des unehelichen Kindes und des Ehegatten;
Begutachtungsverfahren

Zu dem mit oz. Note übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes
über die Änderung des Erbrechts des unehelichen Kindes und
Ehegatten teilt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
folgendes mit:

Zu Z 1:

Der erste Satz des geltenden § 162 sollte nach Auffassung des
Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst auch in den neuen § 162
übernommen werden, da es sich hierbei um eine programmatische
Aussage handelt, welche gerade von den im vorliegenden
Gesetzesentwurf enthaltenen Bestimmungen verwirklicht wird.

Gemäß Art. 65 Abs. 2 lit.d B-VG ist der Bundespräsident zur
"Erklärung unehelicher Kinder zu ehelichen auf Ansuchen der
Eltern" zuständig. Nach dieser Verfassungsbestimmung muß der
Antrag auf Legimitation von beiden Elternteilen gestellt
werden. Es wird daher folgende Fassung des - nunmehr zweiten

- 2 -

Satzes des - § 162 vorgeschlagen: "Der Bundespräsident kann ein uneheliches Kind auf Antrag der Eltern für ehelich erklären."

Zu Z 2:

Der hier vorgeschlagene § 730 sollte in die Absätze (1), (2) und (3) gegliedert werden.

Im ersten Absatz soll im Vergleich zur geltenden Fassung das Wort "zuvörderst" entfallen. Dieses, auf einen Vorschlag von Zeiller zurückgehende Wort hatte den Sinn darauf hinzuweisen, daß auch der überlebende Ehegatte gesetzlicher Erbe ist. Der erste Absatz des § 730 sollte daher - im Sinne einer eindeutigen Formulierung - lauten: "Gesetzliche Erben sind neben dem Ehegatten diejenigen, die mit dem Erblasser durch die nächste Linie verwandt sind."

Zu Z 4:

Auch der § 735 sollte in die Absätze (1) und (2) gegliedert werden.

Aus stilistischen Gründen sollte im zweiten Absatz das Wort "ihm" durch das Wort "diesem" ersetzt werden.

Zu den Erläuterungen:

Auf Seite 1 der Erläuterungen sollten in der ersten Zeile nach dem Wort "schließen" die Worte "nach der geltenden Rechtslage" eingefügt werden.

Dem dritten Satz auf Seite 1 sollte folgender Halbsatz beigefügt werden: "und erscheint auch unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes (Art. 2 StGG, Art. 7 Abs. 1 B-VG und Art. 14 MRK) verfassungsrechtlich bedenklich (siehe die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 28. Oktober 1987 im Fall INZE gegen Österreich)."

Auf Seite 2 sollte in der vorletzten Zeile des ersten Absatzes das Wort "sie" durch das Wort "diese" ersetzt werden.

- 3 -

Auf Seite 4 sollte in der letzten Zeile nach dem Wort "Erben" die Worte "nach der geltenden Rechtslage" eingefügt werden.

Schließlich sollten die Erläuterungen auch die Kompetenzgrundlage der beabsichtigten Regelung angeben. Es wird zur Erwägung gestellt, ob auch auf die Frage eingegangen werden sollte, ob in diesem Bereich EG-Bestimmungen existieren.

10. Oktober 1988
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

